

Pressemitteilung der Stadt Wernigerode

Wernigerode, 03.10.2017

Der BUND hat eine Mitverantwortung, auch für die Menschen in Schierke. Dem wird er durch seine Haltung nicht gerecht!

Die Stadt Wernigerode zeigt sich irritiert über das pauschale Anzweifeln des dritten Gutachtens zum Waldzustand am Winterberg in Schierke durch den BUND. Überrascht ist jedoch niemand, denn der BUND hat die Schierke – Entwicklung von Anfang an abgelehnt.

Oberbürgermeister Gaffert hierzu: „Ich schätze die Arbeit des BUND grundsätzlich, insbesondere auch das Wirken des Bundesvorsitzenden Hubert Weiger. In diesem Falle jedoch vermisste ich die Seriosität des Verbandes. Ein von anerkannten Fachleuten nach akribischer Analyse erstelltes Gutachten nach einem eigenen, dreistündigen Waldspaziergang grundsätzlich infrage zu stellen, wird der Problematik nicht gerecht. Die noch vor wenigen Wochen vonseiten des BUND Sachsen-Anhalt angekündigte konstruktive Herangehensweise sieht wohl anders aus! Ich gehe davon aus, dass auch das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr eine solche Behauptung nicht im Raum stehen lässt. Scheinbar sieht der BUND ja auch Chancen für einen positiven Ausgang des Raumordnungsverfahrens, wenn er nun – erwartungsgemäß und nicht sonderlich überraschend- in eine Klage einsteigen will.“

Weiterhin steht die Stadt Wernigerode zu ihrer Einschätzung, dass der eine Stunde vor der finalen Unterzeichnung veranlasste Stopp der Umweltministerin Claudia Dalbert zum freiwilligen Landtausch zwischen Stadt und Land rechtswidrig ist. Peter Gaffert hierzu: „Bis zum heutigen Tage liegt keine schlüssige Begründung des MULE bei der Stadt Wernigerode vor; auch auf einen Anruf der Ministerin warte ich seit über drei Wochen. Der vom BUND eingeforderte „Schutz“ für Ministerin Dalbert ist nichts anderes als Symbolpolitik, denn der rechtliche Schutzstatus eines Gebietes ist unabhängig vom Eigentümer – sprich: es ist egal, wem das Gebiet gehört. Ein Tausch ist also generell möglich! Darüber hinaus bleibt festzuhalten, dass der Besitzübergang bereits vor über zwei Jahren erfolgt ist und der Landesforstbetrieb seit dieser Zeit ehemals städtische Wälder bewirtschaftet.“

Oberbürgermeister Gaffert appelliert abschließend auch an die Verantwortung des BUND: „Die Entwicklung Schierkes hat eine Vorgeschichte. Man hat den Schierkern immer versprochen, dass eine Entwicklung möglich sei. Dazu wurde vor nunmehr 17 Jahren extra das Nationalparkgesetz geändert. Nun verhindert der BUND, ohne konkrete Alternativen zu benennen, die Wirtschaftsentwicklung im Harz. Das ist inakzeptabel. Verhindern allein ist heute bei den Problemen des Oberharzes nicht nachhaltig und schon gar nicht verantwortungsbewusst. Auch der BUND hat eine Mitverantwortung für die Menschen in Schierke und im Oberharz. Dem wird er durch seine Haltung leider nicht gerecht!“